



Bundes- tags- brief

Nr. 148 • Die Woche im Bundestag • 11.04.2014



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Gemeinsam erfolgreich für Europa.

Die CDU hat auf dem Bundesparteitag in Berlin ihr Programm für ein starkes Deutschland in einem starken Europa beschlossen. Die internationale Finanz- und die europäische Staatsschuldenkrise haben gezeigt, dass es uns auf Dauer nur gut gehen kann, wenn es Europa gut geht. Deswegen enthält das Programm Ideen und Leitlinien für alle Politikbereiche und ist umfangreicher als bei früheren Europawahlen. Uns ist Europa so wichtig, dass wir uns gründlich damit beschäftigen. Ohne die Europäische Union ist Deutschland für uns Deutsche heute nicht mehr vorstellbar.

Aber Europa und die EU sind mehr als Euro und Cent, auch mehr als nur Wettbewerbsfähigkeit und Vereinheitlichung von Standards. Europa ist ein Projekt der gemeinsamen Werte und des Friedens. Gerade die letzten Wochen haben uns dies beim Blick auf die Ukraine, aber auch bei unseren Beziehungen zu Afrika oder dem Nahen Osten gezeigt. Beharrlichkeit zahlt sich aus, wie die Wahlen in Afghanistan zeigen. Erstmals ist der Weg frei für einen demokratischen Machtwechsel. Europa muss sich seiner Werte vergewissern und klar machen: Unsere Werte sind nicht verhandelbar, schon gar nicht in Beitrittsverhandlungen. Wir treten an, damit CDU und CSU auch nach dem 25. Mai gemeinsam wieder eine starke deutsche Gruppe in der Fraktion der Europäischen Volkspartei stellen.

Union – erkennbar und konstruktiv.

Vielfach wird erwartet, dass Politik langfristige Ziele haben und gleichzeitig kurzfristig Probleme lösen soll. Das geht nur zusammen, wenn man Kurs hält und die große Linie von Kleinigkeiten unterscheiden kann. Wer bewahren will, was sich bewährt hat, wer fortentwickeln will,

was verbesserungsbedürftig ist, der muss das Erreichte würdigen. Erfolge dürfen Erfolge genannt werden.

Und auch bei den Projekten, die unser Koalitionspartner wichtig fand, werden wir darauf achten, dass die Handschrift der Union erkennbar ist. Beim Mindestlohn gilt, dass er keine massenhafte Ausweitung der Arbeitslosigkeit nach sich ziehen darf. Und auch bei der abschlagfreien Rente nach 45 Beitragsjahren darf es keine unverantwortbaren Verwerfungen geben. Eine neue Frühverrentungswelle muss verhindert werden. Zudem haben wir konkrete Vorschläge für flexiblere Regeln für jene eingebracht, die sogar über die Regelaltersgrenze hinaus arbeiten wollen.

Schwarze Null.

Diese vergangene Woche stand ganz im Zeichen des ersten Haushaltsentwurfs der neuen Koalition. Wir haben in der viertägigen Haushaltsdebatte wieder viele Zahlen gehört und wichtige Details diskutiert. Dabei lautet die wichtigste Botschaft der Woche: Wir schaffen die Abkehr von der Politik der Schuldenfinanzierung, wie sie in den letzten vier Jahrzehnten betrieben wurde. Nach dem strukturellen Haushaltsausgleich in diesem Jahr wollen wir ab 2015 sogar ganz ohne neue Schulden auskommen. Das gab es zuletzt 1969.

Wenn wir uns nicht zu neuen Ausgaben verführen lassen, dürfte am Ende des Jahres die langersehnte „schwarze Null“ stehen. Die heißt nicht nur so, weil ein kleiner Überschuss möglich ist. „Schwarz“ ist dieser Erfolg auch deshalb, weil er ohne die Regierungsbeteiligung der Union nicht denkbar gewesen wäre. Wir sind es, die in der dritten Wahlperiode in Folge unbeirrt den

Kurs einer wachstumsorientierten Konsolidierungspolitik durchgesetzt haben.

Asylbewerberzahl in der EU stark gestiegen. Im Jahr 2013 wurden in der EU28 insgesamt 435.000 Asylbewerber registriert. Das sind 100.000 mehr als noch 2012. Die höchste Anzahl an Bewerbern verzeichnete Deutschland mit 127.000 (29 Prozent), gefolgt von Frankreich (65.000 bzw. 15 Prozent) und Schweden (54.000 bzw. 13 Prozent). Auf eine Million Einwohner kommen in der EU 860 Asylbewerber. Deutschland lag mit 1.575 Bewerbern pro Million Einwohner über dem Durchschnitt. Die höchsten Quoten verzeichneten Schweden (5.700 pro Million Einwohner), Malta (5.300) und Österreich (2.100). Die meisten Asylbewerber kamen aus Syrien (50.000), Russland (41.000) und Afghanistan (26.000). In Deutschland bildeten Asylbewerber aus Serbien die größte Gruppe (18.000), gefolgt von Russland (15.475) und Syrien (12.855). EU-weit wurde über ein Drittel (34 Prozent) der Anträge in erster Instanz positiv beschieden. In Deutschland waren es nur 15 Prozent, was vor allem darauf zurückgeht, dass Asylbewerber aus den Balkanländern fast nie die Voraussetzungen eines positiven Bescheids erfüllen. (*Quelle: eurostat*)

Exportwirtschaft nicht von Russland abhängig. Zwar ist Russland für Deutschland ein wichtiger Handelspartner, bezogen auf die weltweiten Geschäftsbeziehungen der deutschen Exportwirtschaft ist die Verflechtung mit Russland jedoch überschaubar. Rund zehn Prozent der exportierenden Unternehmen führen Waren nach Russland aus. Für etwa 73 Prozent dieser Unternehmen machen die Exporte nach Russland maximal ein Viertel ihrer gesamten Exporte aus. Die Importe aus Russland konzentrieren sich, weil es sich vor allem um Rohstoffe handelt, auf wenige Unternehmen: Nur rund ein Prozent aller importierenden Unternehmen in Deutschland beziehen Waren aus Russland. Hier ist die Abhängigkeit von den Handelsbeziehungen zu Russland allerdings hoch. Wertmäßig werden etwa 49 Prozent der Importe aus Russland von Unternehmen eingeführt, für die Einführen aus Russland mindestens drei Viertel ihrer gesamten Importe ausmachen. (*Quelle: Statistisches Bundesamt*)

Immer mehr Pflegende sind erwerbstätig. In Deutschland leben 7,85 Millionen Pflegebedürftige. Davon erhalten insgesamt rund 4,7 Millio-

nen informelle Pflege, d. h. sie werden von Bekannten oder Verwandten gepflegt. Von den informellen Pflegeleistenden sind 60 Prozent im erwerbsfähigen Alter. Waren 2001 noch 53 Prozent dieser Gruppe tatsächlich erwerbstätig, so sind es 2012 fast 66 Prozent. Der Anteil der Vollzeitbeschäftigten unter den erwerbstätigen Pflegenden hat sich von 29 auf 40 Prozent erhöht. Der Umfang der Pfl egetätigkeit nimmt jedoch mit dem Umfang der Erwerbsarbeit ab: 2012 leisteten geringfügig Beschäftigte 2,8 Stunden Pflege am Tag, Teilzeitbeschäftigte 2,1 Stunden und Vollzeiterwerbstätige 1,7 Stunden. Immer seltener lebt der Pflegebedürftige im selben Haushalt wie der erwerbsfähige Pflegende. 2001 war dies noch bei 31 Prozent der Fall, 2012 nur noch bei 23 Prozent. (*Quelle: DIW Berlin*)

Landwirtschaftliche Betriebe werden größer. Die durchschnittliche Größe landwirtschaftlicher Betriebe in Deutschland hat sich zwischen 2010 und 2013 von 56 auf 59 Hektar Nutzfläche erhöht. Eine Tendenz hin zu größeren Betrieben lässt sich auch in anderen Staaten der EU beobachten. In der Tschechischen Republik etwa hat die durchschnittliche Betriebsgröße von 84 Hektar im Jahr 2005 auf 152 Hektar im Jahr 2010 zugenommen. Die jüngsten europaweit vergleichbaren Zahlen von 2010 zeigen, dass auch Großbritannien mit 90 Hektar und die Slowakei mit 77 Hektar jeweils über große landwirtschaftliche Betriebe verfügen. Deutlich unter dem EU-Durchschnitt von 14 Hektar liegen Malta (1 Hektar), Rumänien (3 Hektar) und Italien (8 Hektar). (*Quellen: Statistisches Bundesamt; eurostat*)

KMU sind Basis der europäischen Wirtschaft. Unternehmen mit bis zu 249 Mitarbeitern erwirtschafteten 2012 rund 58 Prozent der Wertschöpfung der gewerblichen Wirtschaft der EU und stellten rund 66 Prozent aller Arbeitsplätze. In den meisten EU-Ländern haben diese Unternehmen jedoch stark unter der Krise gelitten: Lagen die Beschäftigungszahlen der Großunternehmen 2012 im Durchschnitt 1,2 Prozent unter denen von 2008, so waren es bei den kleineren und mittleren Unternehmen (KMU) 1,7 Prozent. Die Wertschöpfung sank um 4,8 Prozent (Großunternehmen: 2,1 Prozent). Deutsche KMU bilden eine der wenigen Ausnahmen: Hier stieg die Wertschöpfung um 12, die Beschäftigung um 17 Prozent (Großunternehmen: 6 bzw. 8 Prozent). (*Quelle: DIW Berlin*)